Angehörigen Info 36

G 10228 D
15.3.1990

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Der Hungerstreik in Spanien dauert an

In den letzten zwei Wochen verschwiegen die spanischen Zeitungen fast ganz den andauernden Hungerstreik der spanischen politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) für ihre Wiederzusammenlegung. Heute, am 15. März, befinden sie sich im 106. Tag ihres Hungerstreiks!

Das Hamburger Info-Büro rief bei den spanischen Angehörigen in Madrid am 7. und 12. März an, wo es folgende Informationen bekam: Allen Gefangenen geht es unverändert schlecht, mehrere Gefangene sind an den Nieren, den Augen und am Magen erkrankt, was die Ärzte aber nicht zu speziellen Untersuchungen bewegt. Die Zwangsernährung wird abwechselnd ausgesetzt und wieder praktiziert. Zur Zeit befinden sich noch 40 bis 42 Gefangene im Hungerstreik. Ursprünglich hatten sich 56 Gefangene am Hungerstreik beteiligt; die Gründe für den Abbruch der ca. 15 Gefangenen waren, daß sie von Anfang an krank waren (z.B. Herz- und Leberkranke).

Die spanische Regierung beharrt weiterhin auf ihrer harten Haltung. Am 9. März gab es zwei Demos in Madrid und Bilbao, wobei die in Madrid verboten worden war. Jede Woche montags finden in Spanien Treffen statt, um Unterstützungaktionen abzusprechen, aber es nehmen nicht viele Leute daran teil. Entsprechend gering ist auch die Mobilisierung für alle Aktionen, die stattfinden.

Mittlerweile gehen auch die bundesdeutschen Behörden davon aus, daß dort Gefangene sterben werden; so gab Hans Zachert, Vizepräsident des BKA, in der „Bild am Sonntag" am 11. Februar diesbezüglich ein Interview, in dem er ärgerlich registrierte, daß die Gefangenen in der BRD „mit ihrem Hungerstreik . . . ihre Solidarität und Verbundenheit mit den spanischen" Gefangenen „bezeugen". Weiterhin befürchtet er ein Ansteigen von Aktionen in der BRD im Falle des Todes eines spanischen Gefangenen. In der BRD haben die vier Angeklagten im Frankfurter Börsenprozeß am 9.3. eine neue Kette von Solidaritätshungerstreiks begonnen.

Gefangene aus RAF und Widerstand setzen Solidaritätshungerstreik fort
— Gemeinsame Erklärung —

Wir nehmen heute unseren solidaritätshungerstreik mit den spanischen gefangenen wieder auf, den wir am 22.1.90 begonnen haben und an dem sich alle gefangenen aus raf und widerstand und andere kämpfende gefangene beteiligt hatten.

Heute sind sie seit 100 tagen im streik.

Jetzt werden wir unsere solidarische aktion so lange fortsetzen, wie die gefangenen aus pce(r) und grapo den hungerstreik für ihre wiederzusammenlegung führen. Dazu werden abwechselnd und jeweils befristet auf 1 woche mehrere von uns in den streik gehen.

Es ist notwendig.

Seit wir die initiative ergriffen haben, hat sich auch draußen die auseinandersetzung mit der situation und dem kampf der spanischen genossInnen, wie überhaupt mit dem der revolutionären gefangenen in westeuropa, verstärkt. Es gab mehrere solidarische aktionen, veranstaltungen, demos und besetzungen. Auch wenn die mobilisierung noch schwach ist, wollen wir euch sagen, wie wichtig jeder schritt ist. In keinem anderen westeuropäischen land außerhalb spaniens gibt es eine solche solidarität wie hier in der brd.

Verstärken wir sie zusammen!

Wir sehen darin ein zentrales moment der perspektive des ganzen kampfs hier, wohin er gehen muß.

Das kalkül der psoe-regierung — und mit ihr das aller westeuropäischen regierungen — ist auch, diese langgezogene permanente zuspitzung im hungerstreik durch einsatz der zwangsernährung, „koma-lösung" und nachrichtensperre jede mobilisierung zu erschöpfen und zu zermürben.

Dagegen wollen wir mit euch die solidarität im gemeinsamen kampf setzen, und die ist durch nichts zu erschüttern. Als wir anfingen, hatten wir keine vorstellung, wie lange der hungerstreik unserer genossInnen in spanien sich ziehen wird. Inzwischen wird die koma-methode voll angewendet. Wir wissen, daß einige gefangene aus dem koma zurückgeholt und aus dem krankenhaus wieder in den knast verlegt wurden.

Ihre erfahrungen betreffen uns unmittelbar.

Wir sehen, worauf diese terror-methoden zielen: allen kämpfenden gefangenen in westeuropa das mittel hungerstreik, die einzige waffe des kampfs für die minimalen menschenwürdigen bedingungen und gegen die isolation in den knästen, zu nehmen.

In der situation, wo die imperialistischen staaten an jedem punkt der erde, in jeder einzelnen auseinandersetzung ihre übermacht demonstrieren, wo sie mit dieser woge aus chauvinismus, nationalismus und doktrinärem wahn alle kämpfe für menschliche lebensbedingungen erwürgen und als gescheitert und aussichtslos hinstellen wollen — gibt es nur eins:

die eigene menschliche, revolutionäre identität nicht zuschütten zu lassen, die orientierung in dem, was jede und jeder leben will, zum ausgangspunkt zu machen, sich zu organisieren und zu handeln für die eigenen ziele.



Solidaritätsaktion von Angehörigen und Freunden in Straßburg

Internationalistische solidarität ist darin fundamental.
Gefangene aus raf und widerstand
9.3.90

Aktion der Angehörigen in Straßburg bei der Anti-Folter-Kommission des Europaparlaments

Am 5. März sind drei Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD und eine Angehörige der Gefangenen aus Action Directe in das Palais des Droits de l'Homme in Straßburg gegangen, wo das Comité européenne pour la prévention de la torture et de peine ou traitement inhumaine ou dégradent tagte, und haben dort verlangt, mit dem Vorsitzenden des Komitees zu sprechen. Nach einem kurzen Gespräch mit ihm hat danach eine weitere Mitarbeiterin des Komitees ein längeres Gespräch mit den Angehörigen geführt, in dem es vor allem um den Hungerstreik der Gefangenen in Spanien ging. Wir haben dem Komitee auch schriftliche Informationen dazu übergeben.

Gleichzeitig haben draußen vor dem Gebäude mehrere Angehörige und Freunde der politischen Gefangenen in der BRD mit einem Transparent gestanden. Nach dem Gespräch, d.h. nach ca. zwei Stunden, sind wir noch zum spanischen Konsulat gegangen und haben dort die Presseerklärung zu unserer Initiative übergeben.

Ein längerer Bericht / Einschätzung zu dieser Initiative wird im nächsten Angehörigen-Info erscheinen.

Presseerklärung

Wir, Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, sind heute hierhergekommen, um den Kampf der politischen Gefangenen in Spanien für ihre Wiederzusammenlegungen zu unterstützen.

Seit 96 Tagen sind 43 Gefangene aus GRAPO und PCE(r) in Spanien im Hungerstreik. Sie fordern, daß sie wieder in zwei Gruppen unter Bedingungen, wie sie sie früher hatten, zusammengelegt werden: daß sie mit einem Mindestmaß an Würde in den Gefängnissen arbeiten, studieren und leben und mit politischen FreundInnen und Angehörigen draußen kommunizieren können. Diese Bedingungen hatten sie sich 1981 in einem langen Hungerstreik, in dem Juan José Crespo Galende starb, erkämpft.

Vor drei Jahren begann der spanische Staat, mit verschärfter Repression und Verlegungen die Gefangenenkollektive zu zerschlagen. Unterstützung bekam er dabei vom Generalbundesanwalt der BRD, der in einem Prozeß gegen zwei politische Gefangene in der BRD die Gefangenen der Kommune Karl Marx in Soria zu kriminalisieren versuchte. Inzwischen wurden die Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) auf über 20 Gefängnisse, die baskischen politischen Gefangenen auf über 90 Gefängnisse in ganz Spanien verstreut. Sie werden isoliert, geschlagen, gedemütigt, Besuche und Post werden be- oder verhindert. Die spanische Regierung folgt damit der von der BRD vorexerzierten Linie, die für alle westeuropäischen Staaten verbindlich werden soll: keine Gefangenenkollektive mehr zuzulassen und die bestehenden zu zerschlagen.

Wir wissen von unseren Angehörigen und teilweise aus eigener Erfahrung, daß Bedingungen, wie sie sich die revolutionären Gefangenen in Spanien erkämpft hatten, das Minimum sind, um in der Haft die eigene politische Identität erhalten zu können.

Die Gefangenen aus der Action Directe in Frankreich und die Gefangenen aus der Rote Armee Fraktion und dem Widerstand und andere Gefangene in der BRD kämpfen für dieselben Ziele und Bedingungen. Sie haben im letzten Jahr lange Hungerstreiks dafür gemacht. Sie haben jetzt den Kampf ihrer spanischen GenossInnen mit Solidaritätshungerstreiks unterstützt. Überall waren und sind die kämpfenden Gefangenen konfrontiert mit der „harten Haltung" des Staates, der mit Zwangsernährung und „Koma-Lösung" die Streiks zu brechen versucht und eher Gefangene sterben läßt, als ihre berechtigten Forderungen zu erfüllen.

Das *Comité européenne pour la prévention de la torture et de peine ou traitement inhumaine ou dégradent* ist von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats eingesetzt worden, um in den Staaten, die der Anti-Folter-Konvention des Europarates beigetreten sind, deren Einhaltung zu überwachen. Die Mitglieder des Comité ... haben das Recht, unangemeldet Besuche in den Gefängnissen dieser Staaten zu machen.

Die Anti-Folter-Konvention des Europarats selbst wurde v.a. deshalb beschlossen, um die neuen Formen von Folter und unmenschlicher Behandlung zu erfassen, die in mehreren Staaten des Europarats praktiziert werden, v.a. die sogenannte „saubere Folter", die keine sichtbaren Spuren am Körper hinterläßt, wie sensorische Deprivation oder Isolationshaftbedingungen. Gerade Berichte über die Hochsicherheitstrakte in Frankreich und der BRD und die Isolationshaft u.a. in Spanien waren ein wesentlicher Grund dafür, die neue Anti-Folter-Konvention mit den Kontrollmöglichkeiten durch das Comité ... einzuführen. Das Comité ... soll auch solche inhumanen Haftbedingungen untersuchen können, die von der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg nicht als Folter definiert werden. Da die „saubere Folter" systematisch fast nur gegen Gefangene aus bewaffnet kämpfenden Gruppen und anderen revolutionären Organisationen angewandt wird, ist die Anti-Folter-Konvention des Europarats vor allem zum Schutz dieser Gefangenen eingeführt worden. Was wir vom Comité ... fordern, ist also dessen ureigenste Aufgabe. Ob die Passivität des Comité ... den spanischen Gefangenen gegenüber damit zusammenhängt, daß das bisherige spanische Mitglied, Leopoldo Torres, seit Anfang Februar 1990 Generalstaatsanwalt in Spanien ist und damit direkt verantwortlich für die Haftbedingungen der politischen Gefangenen dort, wissen wir nicht.

Wir sind heute, nach diesen 96 Tagen, hier, um dafür Druck zu schaffen, daß das Comité ... in diesem eklatanten Fall von Zwangsernährung, „Koma-Lösung" und Isolationsfolter seine Arbeit aufnimmt, um die Einhaltung der Konvention durchzusetzen.

Wir fordern das Comité ... auf, sofort Kontakt aufzunehmen mit der Associacion de los Familiares de los Presos Politicos und den Anwälten der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r)!

Wir fordern von der spanischen Regierung, die Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) und die baskischen politischen Gefangenen unter ihren früheren Bedingungen wieder zusammenzulegen!

Wir fordern von der französischen Regierung, die Gefangenen aus Action Directe zusammenzulegen!

Wir fordern von der Regierung der BRD, die Gefangenen aus RAF und Widerstand und alle Gefangenen, die darum kämpfen, zusammenzulegen und die haftunfähigen Gefangenen freizulassen!

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD und West-Berlin
Angehörige von Gefangenen aus Action Directe
Straßburg, 5.3.1990

Besetzung des Europa-Büros der SPD

Am 2. März 90 wurde vorübergehend das Europa-Büro der SPD in Frankfurt besetzt. Es haben sich 13 Leute aus den verschiedensten Bereichen des Widerstandes daran beteiligt, z.B. Stadtteilinis, antifaschistische und antiimperialistische Gruppen, Leute von der Uni und Solidaritätsgruppen mit Befreiungsbewegungen.

Es wurden die Räume der Pressestelle besetzt und zwei SPDler ausgesperrt. Während der Besetzung versammelten sich ungefähr 35 Leute draußen, die ein Transparent zum laufenden Prozeß gegen Siggi, Gabi, Sven und Stephan aufhängten und Parolen zur Zusammenlegung und zum spanischen Hungerstreik sprühten.

Drinnen wurde die in- und ausländische Presse informiert und mit den spanischen Angehörigen telefoniert. Die spanischen Angehörigen freuten sich sehr über die Soliaktion.

Die Erklärungen wurden an die Presse, die spanischen Angehörigen, an spanische Regierungsstellen und die PSOE in Madrid gefaxt.

Nach der Pressekonferenz, bei der nur eine Frau von der FAZ erschien, verließen wir das SPD-Büro.

Außer einigen Zivilen, die draußen beobachteten, erschien keine Polizei.

Die Erklärung zu der Aktion ist in dem neuen Prozeß-Info Nr. 3 „Kein Frieden mit den Banken" (Prozeß um Brandanschlag auf die Börse) vollständig abgedruckt.

Prozeßgruppe, c/o Zentrum, Hinter der schönen Aussicht 11a, 6000 Frankfurt 1

Anwältinnen und Anwälte übergeben Protestnote

Wir — Anwältinnen und Anwälte von politischen Gefangenen in der BRD aus Hamburg, Hannover, Köln, Düsseldorf, Frankfurt und Westberlin — haben heute (12.3.) der spanischen Botschaft in Bonn persönlich eine Protestnote an die spanische Regierung übergeben und die Wiederzusammenlegung der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) gefordert. Die Erklärung ist von den Strafverteidigervereinigungen in neun Bundesländern, dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein, dem Strafrechtsausschuß des Kölner Anwaltsvereins, dem Personalrat der ReferendarInnen am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg, der JuristInnengruppe zur Hafenstraße sowie von einzelnen

Rechtsanwälten, Rechtsanwältinnen und Referendarinnen getragen. Uns wurde die Weiterleitung der Erklärung an die spanische Regierung zugesagt.

Im Gespräch haben wir auch darauf hingewiesen, daß vier Gefangene im Prozeß in Frankfurt am 9.3.90 erklärt haben, daß die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand ihre Solidaritätsinitiative mit den spanischen Gefangenen wieder aufgenommen haben und in Gruppen nacheinander wieder in befristete Hungerstreiks eingetreten sind.

Weitere Solidaritätserklärungen

Hamburg. Die TeilnehmerInnen des Palästina-Kongresses in Hamburg vom 2.-4.3. sandten eine Resolution an den Ministerpräsidenten und den Justizminister in Spanien, in der sie die Forderungen der spanischen politischen Gefangenen unterstützen und die spanische Regierung auffordern, Verhandlungen aufzunehmen und die Forderungen zu erfüllen. Der Landesvorstand des Landesverbandes Hamburg DIE GRÜNEN/GAL unterstützten diese Resolution.

Außerdem sandten die TeilnehmerInnen des Kongresses am 7.3. ein Grußtelegramm an die Gefangenen aus GRAPO und PCE(r).

Bonn-Bad Godesberg. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der 2. Konferenz der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in der BRD und Westberlin vom 24./25.2. in Bonn-Bad Godesberg schickten eine Grußadresse an die spanischen Gefangenen.

Aktuelles international

Brief eines italienischen Genossen aus dem Gefangenen-Kollektiv „Wotta Sitta"

Liebe Freunde, liebe Genossen, ...

Genau am 18.2. weigerten wir uns zu viert, vom Hofgang in die Zellen zurückzukehren, eine halbe Stunde lang, aus Solidarität mit dem Kampf um die Wiederzusammenlegung der spanischen politischen Gefangenen ...

Es gibt nicht viel zu ergänzen in den letzten Monaten ... weil der Trend der Regierungspolitik betreffs der Gefängnisbehandlung hier immer derselbe ist: eine Reformpolitik durch eine „Befriedung der Situation". Diese Staatsstrategie wurde gerade intensiviert, besonders in all den Spezialgefängnissen, wo die meisten der 60er/70er revolutionären Gefangenen sitzen: Novara, Cuneo, Marino, Trani, Rebibbia und Latina und Opera für die Mädels. Jetzt sind auch die zuletzt Verhafteten — 1988 — der BR-PCC-Militanten in die Spezialgefängnisse zu den anderen revolutionären Gefangenen verlegt worden, außer einigen.

Die einzige neue Sache ... das Ereignis innerhalb des Novara-Knastes, im Norden. Während einer Weigerung, vom Hofgang in die Zellen zurückzugehen, am 30.1., aus Protest gegen die Isolation eines Genossen, wurden 20 revolutionäre Gefangene (der ganze „B-Block") von 80 Wärtern mit Stöcken und Schildern grün und blau geschlagen ... Einige Genossen wurden verletzt, aber ihre Einheit und Kraft wurden nur noch stärker! Jetzt geht es ihnen gut, und die Situation ist wieder „normal" geworden.

Es hat einige Solidaritätsinitiativen in einigen Knästen und von draußen gegeben. Es gab vor dem Novara-Knast eine Demo von den Leuten des „Sozialen Zentrums" und in Mailand. Und sogar einige Telegramme von den besetzten Universitäten! Nichts ... was vergleichbar wäre mit der Mobilisierung in der BRD, aber ein kleines, ein ganz kleines positives — neues — Signal in Italien.

Die Genossen in Novara sagen: Das Reformgesetz und seine Philosophie der zwei Wege („Stock und Karotte" sagen wir, „hart und weich") beinhaltet immer in seiner politischen Aussage einen differenzierten Angriff gegen alle Gefangenen, ihren Klassenwiderspruch und ihr politisches Bewußtsein. Es bedeutet die „harte Linie" gegen all jene politischen Gefangenen, die immer noch den bewaffneten Kampf unterstützen, und gegen all die Gefangenen, die sich nicht resozialisieren lassen. Dies ist die wirkliche Bedeutung der gegenwärtigen individualisierten Behandlung innerhalb des Gefängnissystems. In ganz Westeuropa ist die imperialistische Strategie im Gefängnis gleich: „Reintegration/Abschwören/politische Lösung ... oder Liquidation/Zerstörung"!

In dieser Linie zögern sie nicht, die harte Linie zu benutzen, um „die Ordnung wiedereinzusetzen" und die Gefangenen zu zerstören/auseinanderzureißen, gegen ihre politische und kollektive Identität. Natürlich heißt dies nicht, die generelle Reformpolitik zu stoppen ...

... Warme Grüße für Euch alle, ne dicke Umarmung aus dem Süden. Entschuldigung für mein schlechtes Englisch! CIAO!
Giovanni Senzani
Rom, 27.2.90

Es gibt inzwischen eine Solidaritätserklärung zum spanischen Hungerstreik. Wir müssen sie aber noch übersetzen und veröffentlichen sie dann im nächsten Angehörigen-Info.

Italien: Massive Angriffe auf die politischen Gefangenen im Hochsicherheitstrakt von Novara

(Bericht aus verschiedenen italienischen Zeitungen: Il Manifesto, L'Unità und La Stampa)

Am Montag, 29.1.90, wollte der Gefangene Davide Fadda, weil es ihm nicht gut ging, frühzeitig vom Hofgang zurück in die Zelle. Dies wurde ihm von den Gefängniswärtern verwehrt, worauf er, nach Angaben der Gefängnisdirektion, einen Wärter beschimpfte und/oder ihm ins Gesicht spuckte und/oder ein Eisengitter beschädigte. Die Folge war die Anordnung von sechs Tagen Totalisolation in einer vom Block B entfernt liegenden Zelle. Dies gab es in Novara bis dahin noch nicht. Die Antwort auf erste Nachfragen und Proteste war: „Die Methoden der Direktion haben sich geändert."

Nach einem Bericht des Rechtsanwaltes Ugo Giannangeli, der am 2.2.90 bei Nicola de Maria zu Besuch war, den er mit geschorenem Kopf und einer mit acht Stichen genähten Wunde antraf, spielten sich die Ereignisse folgendermaßen ab:

Am Dienstag nachmittag, 30.1., haben die 22 politischen Gefangenen des Blocks B von Novara beschlossen, aus Protest gegen die Isolierung ihres Genossen Davide Fadda eine halbe Stunde länger auf dem Hof zu bleiben, um zumindest zu erreichen, daß dieser im Block B bleibt. Auch nach Aufforderung durch die Wärter, wieder in die Zellen zu gehen, blieben die Gefangenen weiter auf dem Hof. Unmittelbar darauf — wie schon vorbereitet (das zivile Personal wurde bereits am Morgen vom Block B weggeschickt) — kamen weitere Wärter mit Wassenwerfer. Zugleich stellten sich ca. 80 Wärter (praktisch alle aus dem Knast) unter der Führung von Marisciallo Carta mit Helm, Schild und Knüppel vor dem Eingang zum Hof auf, öffneten das Tor und stürzten sich unter massivem Knüppel- und Eisenstangeneinsatz auf die Gefangenen. Die gefangenen Genossen versuchten, zu ihren Zellen durchzubrechen, welche aber geschlossen waren, so daß sie weiter durch die Gänge bis hin zum Krankensaal geprügelt wurden. Die anderen wurden zu Boden geschlagen und weiter übel traktiert. Die Folge davon waren Hand- und Armfrakturen, Kopfverletzungen, Quetschungen; viele Wunden mußten chirurgisch versorgt werden. Dies wurde aber von 15.45 Uhr bis zum Abend um 21 Uhr hinausgezögert. Die Verletzungen vor allem an Armen und Händen entstanden, da die Genossen, zum Teil am Boden liegend, versuchten, ihren Kopf zu schützen, während die Wärter weiter auf sie einschlugen.

Bei allen Gefangenen wurden daraufhin Haftverschärfungen angeordnet. Am folgenden Morgen, Mittwoch, 31.1., wurden Nicola de Maria und Bruno Ghirardi erneut überfallen und zusammengeschlagen. Nach offiziellen Angaben wurden acht Wärter verletzt sowie mindestens 15 Gefangene. Der Knastdirektor Alberto Fragomeni (Ex-Vizedirektor von San Vittore, wo es am 21.9.81 auch ein Massaker gab) antwortete auf die Fragen des Rechtsanwaltes Giannangeli: Das, was geschehen ist, wird ihnen helfen, zur Realität zurückzukehren. Auf weitere Frage antwortete Fragomeni, daß der Einsatz nicht auf seine Anordnung hin geschehen ist. So bleibt die Frage, ob es ein Befehl von höheren Stellen war oder ob Fragomeni nachträglich das eigenmächtige Vorgehen von Carta, dem Leiter der Knastwärter, gebilligt hat. Und: War die Anwesenheit eines Beauftragten des Ministeriums an diesem Mittwoch zufällig?

Inzwischen wurde sowohl von der Staatsanwaltschaft als auch vom Justizministerium eine Untersuchung zur Klärung der Vorfälle eingeleitet. Eine Delegation der DP (Democrazia Proletaria), die später im Knast war, fordert die Absetzung Fragomenis und Cartas. Auch andere politische Parteien haben Anfragen gestellt — in der italienischen Presse wird recht ausführlich berichtet, und es gab einige Protestaktionen wie z.B. am 10.2.90 in Novara, wo ca. 100 Menschen aus Norditalien eine Demo machten, bei der die Erklärung der Gefangenen zu diesem Vorfall verteilt wurde. Die Demo, die einem riesigen Polizeiaufgebot gegenüberstand, verlief wohl aber ohne größere Zwischenfälle.

Frankreich. Wir veröffentlichen in diesem Info zwei Texte von Gefangenen aus Action Directe — und in der nächsten Ausgabe noch zwei

weitere —, damit in der BRD bekannt wird, wie ihre Haftbedingungen — nach ihrem letzten Hungerstreik 1989 — jetzt sind, was die Gefangenen dazu sagen und wie sie weiter überlegen. Gerade jetzt, wo die Gefangenen in Spanien im Hungerstreik sind, wollen wir diese Texte in unserem Info verbreiten. Damit wird für alle hier konkreter faßbar, wie die Bedingungen der politischen Gefangenen in Westeuropa angeglichen werden sollen — über die Kriminalisierung und die Isolation unter dem Deckmantel der „Normalisierung" — und wie dagegen der Kampf der politischen Gefangenen in Westeuropa für Zusammenlegung steht.

Dazu heißt es in der Erklärung des Kampfkomitees der Gefangenen aus Action Directe zu ihrem Hungerstreik in Solidarität mit den politischen Gefangenen in Spanien: „Von unseren — quer durch alle Besonderheiten — mehr und mehr identischen Situationen ausgehen, um den Raum für die Einheit unserer Kämpfe aufzubauen, ihre Solidarität und reale Übereinstimmung auf der Basis der beiden Forderungen, die allen Gefangenen in Westeuropa gemeinsam ist
— gegen die Isolation
— für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen."

Erklärung vor der Anklagekammer am 7. November 1989

Ich nehme Ihr Gericht zum Zeugen für die Bedingungen, die für uns geschaffen wurden und die vollkommen im Widerspruch zu einer Reihe von wesentlichen Punkten der Vereinbarung stehen, wegen der wir am 21. Juli 1989 unsere Bewegung beendet haben.

Um das klar zu machen, fange ich damit an, sie zu rekapitulieren:
— Hofgang, bei dem zwei Militante gleichen Geschlechts nicht getrennt werden sollen
— Nachbarzellen
— Beendigung der politischen Zensur (mit sofortiger Herausgabe der beschlagnahmten Post, wie es ein Brief unserer Anwältin Maître Coutant-Peyre nach einem Telefonat mit Frank Terrier gleich nach dem Ende unseres Kampfes bestätigt)
— Beendigung der Isolation
— Zugang zu allen Aktivitäten des Normalvollzugs (Kurse, Sport . . .
— gemischte Besuche zwischen uns nach Besuchserlaubnis durch den Ermittlungsrichter
— diese lag vor.

Die einzigen Zusagen, die für uns alle eingehalten wurden, sind: gemeinsamer Hofgang und Nachbarzellen.

Die anderen Zusagen unterliegen fortwährend der Willkür der Gefängnisbehörden. Während unsere Genossen aus den Isolationsabteilungen überhaupt nicht herausgekommen sind, sind Nathalie und ich im Normalvollzug. Das aber mit — was die tatsächliche Beachtung der Vereinbarung angeht — der erheblichen Einschränkung, die unser provisorischer Aufenthalt in einem Gefängnis, das 150 km von Paris entfernt liegt, darstellt. Was nicht nur die Verweigerung des Rechts auf Verteidigung bedeutet, da unsere Dossiers von den Sondergerichten zusammengefaßt werden, sondern dieses Provisorium läßt auch keine wirklichen Konstanten in unseren Haftbedingungen zu.

Zur Zeit sind kulturelle Aktivitäten für uns verboten, übrigens ohne daß wir irgendeine Information über die Gründe eines solchen Diktats bekommen haben.

Ich persönlich warte seit einer Woche auf eine Antwort, nachdem ich ein Gespräch mit der Verantwortlichen für die Kurse beantragt habe. Und in Anbetracht der normalen Prozedur in diesem Gefängnis sehe ich mich gezwungen, aus diesem Schweigen zu schließen, daß mein Antrag nicht an seinem Ziel angekommen ist. Warum? Wie? Ich hätte einige Schwierigkeiten, Ihnen in wenigen Worten die verschlungenen Wege zu beschreiben, die man durchlaufen muß und die von der Gefängnisverwaltung eingeführt werden, sobald diese beschließt, die Dinge schwierig, wenn nicht gar unmöglich zu machen.

Erst bei unserer Ankunft in Rouen wurde Nathalie und mir die Post, die im Krankenhaus in Fresnes zensiert worden war, wiedergegeben, also zwei Monate nach dem Telefonat, bei dem die Ergebnisse des Streiks aufgelistet wurden, die sofort umgesetzt werden sollten. In dem Zusammenhang ist die Feststellung amüsant, daß die Zensur ihren „Eifer" nach unserem Abbruch noch verdoppelt hat, indem sie nicht nur, wie üblich, die politischen Informationen wie Broschüren, Zeitungen und Texte zurückhält, sondern sich auch auf Bereiche ausgedehnt hat, die normalerweise von der Zensur nicht betroffen waren: persönliche Briefe und Postkarten, die handschriftlich verfaßt waren. (Ich führe das so detailliert auf, weil die Gefängnisleitungen die unerfreuliche Tendenz haben, jede Post, die mit der Maschine geschrieben wird, der zuzuordnen, die unter ihr Veto fällt.) Was unsere Genossen angeht, sie konnten die Kartons, die solche Briefe und mit Beschluß der Wärter verbotene Informationen enthielten, nur im Vorbeigehen sehen.

Nach Abbruch unseres Kampfes (wir haben ihn zweieinhalb Monate lang geführt, wobei wir seit Abbruch unseres ersten Streiks keine einzige medizinische Behandlung erlebt haben) diente das „Krankenhaus" dazu, die politische Zensur, die schon massiv war, noch zu verschärfen und unsere Isolation zu verewigen.

Seitdem wir in der Lage waren, Hofgang zu machen, folgte unter dem Vorwand eines DPS-Statuts (DPS = Gefangene mit Sonderhaftbedingungen, d.Red.), das mit despotischem Nachdruck angewandt wurde, die Absurdität auf die Willkür. Was uns, die Frauen, betrifft, so haben wir keinen einzigen Tag erlebt, an dem uns nicht verboten wurde, Zeitungen zum Hofgang mitzunehmen, während die Männer logischerweise die Unterlagen, die für unsere politische Aktivität notwendig sind, dorthin mitnehmen konnten . . .

Kurz gesagt, das Ende dieses „Niemandslandes" hat für eine tatsächliche Einhaltung der Vereinbarung genausowenig Anlaß gegeben wie für die Umsetzung des Normalvollzugs für alle.

Wobei das Justizministerium, das sich hinter die krankhafte Phobie eines Untersuchungsrichters flüchtet, seinerseits seinen Willen verkündet hatte, mit unserer Isolation Schluß zu machen.

Ganz der Logik ihres demokratischen Anspruchs folgend, wünscht die Macht unsere Normalisierung, ganz der Logik ihres Sicherheitshobbies folgend, tut die Gefängnisleitung alles, um das zu verhindern.

Dieser Widerspruch zwischen zwei Ausdrücken der Logik der Repression macht unsere Forderung nach Zusammenlegung entsprechend dem Statut für politische Gefangene um so unumgänglicher. Unter dem Vorwand, dem nicht nachgeben zu wollen, verweigert das Justizministerium uns die täglichen gemischten Zusammenkünfte, die damit verknüpft waren. Unter dem Vorwand der Sicherheit geht die Gefängnisbehörde der Umsetzung der gemischten Besuche durch Verlegungen aus dem Weg.

Tatsächlich ist die Argumentation noch verdrehter. Diese Besuche wurden vereinbart, als wir alle noch im Krankenhaus waren. Genau diese Konzessionen trieben die Gefängnisverwaltung dazu, unsere Verlegung anzuordnen, weg von diesem Ort, der doch so nützlich für ihre „unbewegliche Politik" gewesen war. Der Beweis für das, was ich vorbringe, ist in dem Vermerk enthalten, den der Direktor der 1. Abteilung von Fresnes unseren Genossen vorgelesen hat. Handelte es sich dabei nicht um eine sogenannte Antwort auf einen Besuchsantrag, der an das Gefängniskrankenhaus von Fresnes gerichtet gewesen sein soll? Nun aber sind wir dafür nicht verantwortlich, weil wir uns, wie vereinbart, darauf beschränkt haben, unsere Anträge bei unseren Untersuchungsrichtern zu stellen. Von da bis zu der Schlußfolgerung, daß es ihre positiven Antworten waren, die automatisch den Prozeß, jede Umsetzung zu verhindern, ausgelöst haben, ist es für jeden, der die verschlungenen Umwege, auf die ich mich oben bezogen habe, ein klein wenig kennt, ein Leichtes. Also nach der Antwort auf einen Antrag, den wir nicht gestellt hatten, war die Rede von der Unmöglichkeit, weil wir in verschiedenen Anstalten seien — wer entscheidet übrigens darüber —, und daß es nicht darum gehen könne, uns gegenüber den anderen Gefangenen ein Privileg zu verschaffen — was für ein Privileg sind gemischte Besuchszusammenführungen, die in den Artikeln der Strafvollzugsordnung vorgesehen sind. (Da ich kein Spezialist in dieser Materie bin, werden Sie diese sicher besser herausfinden als ich.)

Das kann als Beispiel dafür dienen, zu unterstreichen, wie sehr die beiden Logiken zusammenpassen und jede Kompromißsituation unerträglich machen, wenn sie sich gegenseitig den Ball der Verantwortlichkeit zuwerfen; sie möchten gerne — auch über ein zwischen Frauen und Männern differenzierendes Gefängnisregime und den provisorischen Charakteren unserer Bedingungen — glauben, daß sie uns hinter dem Schweigen der hohen Mauern beerdigen könnten. Davon sind wir weit entfernt. Das möchten wir als erstes in diesem neuen Protestzyklus vor Ihrem Gericht unterstreichen.

Wir fordern unmittelbar:
— das Ende der Isolation für alle, mit allem, was das beinhaltet, wie z.B. Zugang zu den Aktivitäten in der Haft
— Unterbringung in der gleichen Anstalt, damit unsere Zusammenführungen zu gemischten Besuchen stattfinden können und unsere Verteidigung nicht für ständige Fahrten sorgen muß (ohne zu berücksichtigen, daß viele unserer Anwälte nicht in der Pariser Region leben, was aufgrund unserer gegenwärtigen Entfernung von dort — Nathalies und meine — die Sache noch komplizierter macht)
— die tatsächliche Beachtung der Aufhebung der Zensur, was unsere politische und gesellschaftliche Information angeht.

Joelle Aubron

Erklärung vor der Anklagekammer des TGI von Paris

Ende Juli dieses Jahres haben wir auf der Basis eines von der Staatskanzlei vorgeschlagenen Kompromisses unseren zweiten Hungerstreik beendet; „die Regierung hat eine Entscheidung getroffen, die von den Gefangenen angenommen worden ist", sagte Herr Arpaillange (frz. Justizminister, d.Red.)

Was für ein Vorschlag war das also, der uns gemacht wurde, und der es möglich machte, einen Kampfzyklus abzuschließen?

Zuallererst die Zusammenlegung jeweils zu zweit mit der Möglichkeit, uns untereinander zu schreiben, der Möglichkeit regelmäßiger Besuchzusammenführungen nach Zustimmung der Untersuchungsrichter und Aufhebung jeder politischen Zensur;

und auf der anderen Seite Normalvollzug, „das normale, für die Untersuchungshaft geltende Recht — durch das Strafvollzugsgesetz definiert — Inhaftierung in einer Einzelzelle, Möglichkeit zur Kommunikation mit den anderen Gefangenen und zu allen mit den Forderungen der Disziplin und Sicherheit im Gefängnis zu vereinbarenden Aktivitäten", nach dem Kommuniqué der Regierung, dem Herr Arpaillange übrigens hinzufügte: „Dieser Ausgang ist für alle sehr befriedigend . . . weil die Dinge wieder in den Rahmen des normalen Haftstatuts kommen."

Was ist damit mehr als vier Monate später?

Auch wenn wir tatsächlich zu zweit zusammengelegt worden sind, wir uns untereinander schreiben können (obwohl das immer schwieriger wird, mehr als drei Wochen für die Beförderung eines Briefes), so wurde faktisch keine andere Zusage eingehalten.

— Seit dem Ende unseres Streiks sind wir einer Sonderhaft unterworfen worden: immer getrennt von allen anderen Gefangenen und Verbot aller Aktivitäten. In vier Monaten konnten wir nur einen einzigen anderen Gefangenen treffen, und das ein Mal und für eineinhalb Stunden Hofgang; Verbote von „Lehrgängen, Studien, Sport" usw., obwohl das genau die durch die Vereinbarung angegebenen Aktivitäten sind. Und wir wurden in einen Trakt geschlossen, der nur vier Zellen enthält, den wir nur für die Zeit des Hofgangs verlassen.

— Die politische Zensur wurde aufrechterhalten und zuweilen sogar verschärft, heute werden auf der Maschine getippte Briefe als politische Flugblätter betrachtet.

— Unsere gegenseitigen Besuche unterliegen der totalen Willkür. Dem Wortlaut der Übereinkunft und den geltenden Gesetzen entsprechend haben wir Anfang September bei den Richtern zwei verschiedene Anträge auf regelmäßige Besuche gestellt. Anträge, auf die sie zustimmend geantwortet haben. Aber seit dem 10. 9. weigert sich die Gefängnisbehörde unter zwei Vorwänden, der eine so trügerisch wie der andere, sie auszuführen. Zuallererst, wir seien nicht in demselben Gefängnis inhaftiert, obwohl es die AP ist, die über die Haft und den Haftort bestimmt, und obwohl sie es war, die unsere zwei Genossinnen mehr als 150 km von Paris wegverlegt hat;

und dann, gemäß der Anweisung vom 21. 9., könnten diese Besuche von den anderen Gefangenen als Privilegien angesehen werden, obwohl es in den französischen Gefängnissen Besuche dieser Art schon seit mehreren Jahren und ganz regelmäßig gibt. De facto hängt die Ablehnung dieser gerichtlichen Entscheidung nicht von der Anwendung des allgemeinen Rechts ab, sondern im Gegenteil allein von der Willkür, einer Willkür, die sich so noch auf die Gesamtheit unserer Haftbedingungen erstreckt.

Angesichts dieser Haftbedingungen haben wir einen neuen Kampfzyklus begonnen, zunächst durch diese regelmäßigen Proteste bei Ihrem Gericht, aber wir werden diesen Kampfzyklus bis zu seiner letzten Konsequenz fortsetzen.

Oder die Zusagen des Staates werden tatsächlich und vollständig erfüllt, d.h. hauptsächlich die Aufhebung aller Isolationsmaßnahmen und Einschränkungen bei unserer Inhaftierung, ebenso wie das Recht auf Kommunikation unter uns, also durch normale und wöchentliche Besuche, oder wir werden keine andere Wahl haben, als einen neuen Sprung im Kampf für unsere zwei grundlegenden Forderungen in die Tat umzusetzen:

— Zusammenlegung entsprechend dem SPP (Statut für pol. Gef.)
— Schließung aller Isolationstrakte verstärkter Sicherheit

Fresnes, 29. 11. 89

Jean-Marc Rouillan, Georges Cipriani

Weitere Meldungen

Südafrika. Der Hungerstreik von 350 Gefangenen, die die sofortige Freilassung von 77 politischen Gefangenen forderten, wurde zwischenzeitlich beendet. Möglicherweise gab es Zugeständnisse der Regierung. (FR vom 27. 2., taz vom 10. 3.)

Kolumbien. Zwölf Mitglieder von Menschenrechtsgruppen besetzten das Büro des Roten Kreuzes in Bogotá, um auf Menschenrechtsverletzungen wie u.a. Verhaftungen und Folter (bis zu Morden) — auch in den Knästen — aufmerksam zu machen. Sie beendeten die Besetzung, nachdem sie mit Vertretern der Regierung verhandelt hatten. (FR 9. 3., 10. 3.)

Frankreich. / BRD. Das Pariser Berufungsgericht entschied jetzt, daß die drei irischen politischen Gefangenen Patrick Murray, Danagh O'Kane und Pauline Drumm aus Frankreich an die BRD ausgeliefert werden. Ihnen werden Sprengstoffanschläge im letzten Jahr auf britische Soldaten in Osnabrück und Hannover zur Last gelegt. Dies ist das erste Mal, daß in Frankreich die „Europäische Terrorismuskonvention von 1977" angewandt wird. Es gab hiergegen eine Kundgebung vor dem französischen Konsulat in Frankfurt / M. am 7. 3.

Aktuelles aus den Knästen

Zunehmende Isolation der politischen Gefangenen in Bruchsal

Bei Günter Sonnenberg, Christian Klar und Carlos Grosser werden zunehmend Briefe und Karten angehalten, in denen in irgendeiner Weise die Solidarität mit den Forderungen nach Zusammenlegung ausgedrückt wird, sei es durch Wort oder Bild. Anscheinend genügt da schon das Wort Zusammenlegung oder Isolation, um die Briefe nicht durchzulassen. Aus einer Anhalteverfügung:

„Bei der Aushändigung der beiden Schreiben wäre zum einen die Erreichung des Vollzugszieles gefährdet worden, zum anderen ist auch die Ordnung der Anstalt betroffen (§ 31 Abs. 1 Ziff. 1 StVollzG). Beide Schreiben enthalten Abbildungen, welche Unterstützungsaktionen verschiedener Gruppen zum vergangenen Hungerstreik der RAF-Gefangenen dokumentieren. Die Übermittlung dieser Abbildungen hat offensichtlich den Sinn, den Gefangenen, der ebenfalls am Hungerstreik teilgenommen hat, in seiner Haltung zu bestärken. Darüber hinaus wird in beiden Abbildungen auf die angebliche „Isolationsfolter" abgehoben; dies ist zusätzlich als grob unrichtige oder erheblich entstellende Darstellung von Anstaltsverhältnissen zu werten (§ 31 Abs. 1 Ziff. 3 StVollzG).

Gleichzeitig darf ich Sie darauf hinweisen, daß derartige Schreiben auch in Zukunft angehalten werden . . ."

Das Angehörigen-Info erhalten die drei auch nicht. Ausnahme war das Info, in dem der Preusker-Brief abgedruckt war.

Besuchsverbote werden auch immer mehr ausgesprochen. Bei einer Angehörigen, die Günter besuchen wollte, wurde das Verbot damit begründet, daß sie sich „zu den Zielen der RAF bekenne" und „damit die Gefahr der Indoktrination gegeben wäre". Den Christenbrief (s. dieses Info) hat Günter auch nicht erhalten.

Wir sollten uns überlegen, wie wir gegen diese Abschottungsmaßnahmen vorgehen können. Wir werden demnächst genauer darüber berichten.

Besuchsverbote für Rico Prauss und Andrea Sievering

In Stammheim haben die Angriffe auf die Untersuchungsgefangenen eine neue Qualität erreicht. Bei Andrea und Rico wurden zwei Frauen, von denen eine Rico und die andere Andrea seit langem besucht, *mit ein und derselben 31/2seitigen Begründung* abgelehnt. Die Anträge sind nicht zusammen gestellt worden.

Es wird ein Satz von Rico angeführt sowie ein Satz von Andrea, die diese sonderbarerweise beide am 27. 10. 89 zu ihren Besucherinnen gesagt haben sollen. Es verwundert, daß die beaufsichtigenden LKA-Beamten die Besuche nicht sofort abbrachen. Es ist ebenso unverständlich, daß beide Besucherinnen noch mehrfach Besuch machen durften, ehe dem OLG vier Monate später einfiel, sie als Sympathisanten der RAF abzustempeln und vom Besuch auszuschließen.

Es ist wohl eine Ironie, ständig mit Sicherheit der Anstalt zu argumentieren, und dann für eine solche Sicherheitsmaßnahme vier Monate ins Land gehen zu lassen. Ich halte den ganzen Vorgang für erfunden. Das lehrt die menschliche Erfahrung.

Rico hat in einer Gegenvorstellung klar geschrieben, daß er diese Sätze nicht gesagt hat und daß die ihm unterstellte Sprache nicht die

seine ist.

Ich möchte hinzufügen, daß keiner dieser LKA-Bewacher in der Lage ist, wie ein Parlamentsstenograf zu stenografieren. Und diesen Satz — nachdem er gesagt wurde — aus einem lebhaften Gespräch herauszupicken und korrekt zu notieren, während die Unterhaltung der Überwachten weitergeht — ist schlichtweg unmöglich. Die ganze Angelegenheit ist reine Erfindung, um die Isolation zu begründen, um entstandene Beziehungen zu zerstören.

Den „Angeklagten" wird in der Begründung unterstellt, sie verfolgten den sogenannten revolutionären Kampf der RAF aus der Zelle weiter, indem sie Signale über Sympathisanten nach draußen senden.

Obwohl spätestens durch den Zusammenbruch des BAW-Gutachters Ockelmann und seiner Gutachten klargeworden ist, daß das OLG an einem schlechten, schwächlichen Konstrukt ohne jeden Tatnachweis mitgewirkt hat, unterstellt es den Gefangenen „Weiterverfolgung" von etwas aus der Zelle, was sie auch vor ihrer Verhaftung erwiesenermaßen nie unternommen haben.

Revolutionär? Oder, wie das OLG in der Begründung schreibt: „sogenannt revolutionär"!

Revolutionär wäre es in der BRD bereits, wenn die Justiz endlich mit rechtsstaatlichen Mitteln arbeiten würde.

Wer hat in der letzten Zeit auch Besuchsverbot bekommen? Bitte ans INFO melden.

H.P.

Erklärung von Gerry Hanratty, irischer politischer Gefangener in Kaisheim/BRD

Hallo Freunde,

seit Jahren arbeiten betroffene Leute in der BRD hart, um ein Bewußtsein und die Wahrheit über das, was in den sechs Grafschaften (Nordirland) des besetzten Irlands passiert, zu schaffen und sichtbar zu machen.

Dieser Arbeit stehen große Hindernisse im Wege, am meisten die britische Propaganda, welche besagt, daß „das Problem im Norden Irlands intern" ist und sie dort nur in einer friedensbewahrenden Rolle wären.

Die Fakten sind, daß Britannien öfter als jeder europäische Staat für schuldig befunden wurde, Gefangene und politische Aktivisten zu foltern. Britannien ist immer noch am politischen Mord von Personen stark beteiligt, die gegen seine Kolonialherrschaft im Nordosten Irlands angehen (z.B. wurde mein Anwalt letztes Jahr in Belfast erschossen).

Heutzutage ist Britannien immer noch beteiligt an unmenschlichen Verhören, Folter an irisch-republikanischen Aktivisten, Verhaftungen derselben und politischer Zensur (z.B. darf mein gesetzlich gewählter politischer Repräsentant in Belfast durch britischen Gesetzeszugriff nicht im Radio oder Fernsehen sprechen).

Heutzutage ist Britannien immer noch stark an der Arbeitsdiskriminierung beteiligt, die Briten unterstützen vollständig die total sektiererische Polizei. Die britische Regierung ist heutzutage immer noch an religiöser und kultureller Diskriminierung beteiligt.

Heutzutage hat Britannien mehr politische Gefangene als jeder europäische Staat (sowohl in Osteuropa als auch in Westeuropa). D.h.: Personen, die nicht im Gefängnis wären, wenn nicht die militärische und politische Situation so im Nordosten Irlands wäre.

Heutzutage sprengt Britannien immer noch die Mehrheit der Straßen, die in den Süden Irlands führen, in die Luft . . . (über 300 Grenzstraßen wurden in den letzten 14 Jahren gesprengt . . . sie genehmigen nur, daß 30 Straßen offen sind, mit einer vollständigen militärischen Präsenz). Das ist ein krasser Widerspruch zu ihren abgegebenen Ansichten über den Fall der Berliner Mauer.

Ich bin ein politischer Gefangener hier in der BRD durch den Umstand, daß ich militärischer Operationen gegen britische Truppen in der BRD angeklagt werde . . . (dieselben Truppen, die bei mir, meiner Familie und meinen Freunden im Nordosten Irlands morden, verhaften, ständig überfallen, Häuser durchsuchen und einschüchtern).

Ich bin, *den Erklärungen sowohl der britischen Regierung als auch des deutschen Staates zufolge,* ein militärischer Freiwilliger innerhalb der Irish Republican Army (Oglaigh na hEirann), die sowohl militärisch als auch politisch dafür kämpft, die britische Anwesenheit (militärisch/politisch) im besetzten Irland zum Abzug zu bringen und einen irischen Staat zu erschaffen, in dem **alle** Leute das Recht genießen können, ihr eigenes Leben und ihre eigene Zukunft zu bestimmen. Dieses Ziel ist kein terroristisches Ziel, sondern eines, das eine lange und stolze Geschichte im Freiheitskampf hat.

Ich schreibe, um Euch alle eindringlich zu bitten, auf die Arbeit der Irland-Solidaritätsgruppen zu hören. Ich bitte Arbeiter, Studenten, Gewerkschaften und politische Personen, sich über diese irische Solidaritätsarbeit bewußt zu werden und sicherzustellen, daß die britische Propaganda nicht die Wahrheit über das erstickt, was im Nordosten Irlands passiert.

Ich bitte Euch alle, auf egal welche Art zu helfen, egal für wie wenig Ihr es haltet . . . schreibt Euren politischen Repräsentanten, redet darüber unter Euch, schafft neue Irland-Solidaritätsgruppen in Euren eigenen Gebieten, helft der finanziellen Bürde der bestehenden Irland-Solidaritätsgruppen.

Europa wird niemals ein freies Europa sein, solange Irland kolonialisiert, besetzt und unfrei ist.

Mit sehr freundlichen Grüßen

Is Mise Gerry Hanratty

Nach Beteiligung am Hungerstreik Sorgerecht für Tochter entzogen!

Offener Brief an das Justizministerium in NRW und Landgericht Aachen (Auszug)

Mit großer Betroffenheit haben wir, Teilnehmer/innen der Veranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen in Wuppertal am 1.3.90 die Situation von Silvia Engelke aufgenommen.

Wir sind wütend und empört über die Entscheidung der Gerichte in Aachen. Silvia Engelke hat sich im Februar 89, inhaftiert in Köln-Ossendorf, mit eigenen Forderungen dem Hungerstreik für die Zusammenlegung angeschlossen. In der Phase des Hungerstreiks drohte man ihr, das Sorgerecht ihrer vierjährigen Tochter zu entziehen.

Silvia Engelke ist 90 % schwerbehindert aufgrund einer Lungentuberkulose. Durch die Knastbedingungen hat sich ihr Zustand wesentlich verschlechtert. Dem Gericht liegt ein ärztliches Gutachten von einem Lungenspezialisten vor, das die Haftfähigkeit in Frage stellt. Der Knastarzt bescheinigte ihr jedoch weitere Haftfähigkeit mit der Begründung, wenn sie an einem Hungerstreik teilnehmen könnte, wäre sie auch haftfähig und trüge dafür die Konsequenzen.

Im August 89 wurde Silvia entlassen, aufgrund des noch anstehenden Berufungstermins. In einem Schnellverfahren entzogen sie ihr das Sorgerecht für ihre Tochter Giada, obwohl sie auf die Drohung hin ihren Hungerstreik abgebrochen hatte. Die noch anstehende Berufungsverhandlung wurde abgelehnt. Es steht jetzt noch ein Jahr offen.

Giada lebt seit Silvias Inhaftierung (1 Jahr und 4 Monate) bei ihren Eltern. Die Bindung von Giada und Silvia war bis dahin sehr eng und intensiv . . .

Giada leidet stark unter der Trennung von Silvia. Bei Giada gibt es Anzeichen von traumatischen Störungen — ständiges Krank-sein, Bett- und Hosennässen, starke Ängste.

Falls Silvia Engelke zurück in den Knast muß, kann die Lungentuberkulose erneut aufbrechen. Auch ist die Frage, ob sie eine erneute Milliartuberkulose überleben wird, da sie inzwischen auf die starken Medikamente nicht mehr anspricht.

Silvia ist der verschärften Repression ausgesetzt, um den Ansatz im Hungerstreik von Politisierung und Kampf im Keim zu zerschlagen . . .

Weitere Informationen und Kontaktadresse: Infoladen, Brunnenstr. 41, 5600 Wuppertal 1

Schwäbisch-Gmünd. Am 15.3. kommt Ursel Makilla, Gefangene aus dem Widerstand, raus!

Stuttgart. Am 9.3.90 fand vor dem Justizministerium die monatliche Kundgebung für die Freilassung von Günter Sonnenberg und der anderen haftunfähigen Gefangenen statt, an der ca. 80 Menschen teilnahmen. Die Kundgebung war diesmal gemeinsam mit GenossInnen aus Wuppertal und Tübingen vorbereitet worden; es wurden verschiedene Beiträge verlesen, außerdem gab es einen Infotisch und Transparente.

Jürgen Derm ist tot

Jürgen Derm war ein aidskranker Gefangener, der sich gegen seine Inhaftierung gewehrt und für die menschliche Behandlung und Freilassung aller HIV-infizierten und aidskranken Gefangenen eingesetzt hat. Er ist erst am 28.2., nach Ende seiner regulären Haftzeit, aus der Justizvollzugsanstalt Rottenburg entlassen worden. Er starb Dienstag nacht (6.3.) in einer Ausnüchterungszelle in einem Polizeirevier in Reutlingen; er ist an seinem eigenen Erbrochenen erstickt. Nach einer Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Tübingen, die Ermittlungen

eingeleitet hat, ist Jürgen von Passanten gefunden worden. Ein Arzt diagnostizierte Trunkenheit, die Polizei steckte ihn in eine Ausnüchterungszelle. Die Obduktion ergab jedoch nur geringe Mengen von Restalkohol, dagegen erhebliche Mengen von Medikamenten, die Jürgen zur Bekämpfung von Entzugserscheinungen eingenommen hatte, und von Schlafmitteln, die die Wirkung der anderen Medikamente verstärken. — Weitere Information im nächsten Angehörigen-Info und über: Infobüro Tübingen, di u. do 151-19.00 Uhr, (0 70 71) 5 14 96

Zusammenlegung und freie Diskussion

„Wir brauchen Euch!" Dokumentation des „Christenbriefs" an die Gefangenen aus RAF und Widerstand

34 katholische und evangelische Christinnen und Christen aus acht Städten der BRD, aus Westberlin und Berlin/Ost (u.a. Mitglieder der „Solidarischen Kirche in Nordelbien", der Gruppe „Christen für den Sozialismus/Hamburg", der „Gruppe Solidarisches Arbeiten/Köln", der „Jesuitenkommunität Berlin-Kreuzberg" sowie Ordensleute aus Frankfurt und Hamburg) haben Anfang Februar einen vierseitigen Brief an die ca. 50 Gefangenen geschrieben, die sich am Hungerstreik 1989 beteiligt hatten. Die meisten Gefangenen haben sich über diese Christeninitiative gefreut. Die Frage ist jetzt: Wie geht es weiter? Ausführliche Antwortbriefe oder Karten kamen (bis 9. 3.) aus folgenden Knästen: Köln, Bruchsal, Celle, Schwalmstadt, Straubing, Frankfurt, Saarbrücken, Schwäbisch-Gmünd, Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart, Lübeck, Dieburg, Mannheim, Bochum, Bielefeld. Die Christen-Initiative hat folgende Anschrift: „Initiative für die politische Diskussion zusammen mit den Gefangenen", Naunynstr. 60, 1000 Berlin 36.

Der Wortlaut des Briefes:

„Liebe(r) . . .

An der ersten Stelle der Forderungen Eures Hungerstreikes 1989 stand die Zusammenlegung. Uns ist klar, nur so könnt Ihr als Kollektiv sprechen und in eine lebendige Diskussion mit anderen treten. Das ist auch uns ein Anliegen geworden. Dazu gehört natürlich auch, daß wir außerhalb der Gefängnisse über diesen Brief mit vielen diskutieren wollen.

Wir BriefeschreiberInnen verstehen uns als ChristInnen. Viele von uns leben in christlichen Gemeinschaften und arbeiten in verschiedenen manuellen und intellektuellen Berufen. Warum wollen wir uns mit Dir und den anderen Gefangenen auseinandersetzen?

— Weil wir vermuten, daß wir viele kritische Punkte an unserer Gesellschaft ähnlich wie Ihr sehen: die Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln in vielen Teilen der Welt, den Hungertod und die Armut vieler Menschen, die Zerstörung individueller und kollektiver menschlicher Identität, die oft ähnlichen Strukturen in Gefängnissen, Betrieben und Bürokratien, die Beherrschung der Politik durch die kapitalistische Wirtschaft, die Zerstörung der natürlichen Grundlagen der Menschen usw.

— Weil wir den Ursachen für diese Unmenschlichkeiten nachgehen, die Machtstrukturen benennen und, wenn wir mit diesem Wissen menschlich bleiben wollen, mit den zerstörerischen Mächten brechen und ihnen widerstehen müssen. Wir vermuten, daß Ihr diese Notwendigkeit ähnlich seht. Wir Christen haben ja bei der Taufe versprochen, dem Satan zu widersagen, worunter wir verstehen, der Herrschaft des Geldes, dem Personenkult, der Selbstherrlichkeit und der Gleichgültigkeit zu widerstehen.

— Weil wir auf lebendige Beziehungen zu Euch hoffen. Wir und unsere Gesellschaft brauchen Euch. Die Ausgrenzung von Menschen haben wir oft genug als Zerstörung unseres eigenen Lebens erfahren. Umgekehrt konnten wir in der Beziehung zu den — unter der Rücksicht der Kapitalvermehrung — abgeschriebenen Menschen eigene (nicht-fremdbestimmte) Identität neu in uns entdecken.

Wir wollen Euch als politische und liebende Menschen ernst nehmen und nicht bei Eurer Ausgrenzung durch große Teile der Bevölkerung — auch uns Christen — stehenbleiben, sondern gemeinsam mit Euch von unseren Träumen und Utopien sprechen und die ausstehende Diskussion beginnen.

Folgende Fragen haben wir unter uns gesammelt:

1. In jeder Gesellschaft ist es im Ringen um Wahrheit und Gerechtigkeit notwendig, daß Einzelne und Gruppen bereit sind, eine prophetische Rolle zu übernehmen. Es gibt Widerstände; Wahrheit ist oft nicht mehrheitsfähig. Was treibt uns in dieser Situation um: Gehen wir den konflikten aus dem Weg, weil uns die Akzeptanz durch die Mehrheit wichtiger ist? Wollen wir uns durchsetzen, um Einfluß, ja Macht für uns suchen oder aus Verantwortung für das Ganze ? Von wo bekommen wir unser Mandat, von den Ausgebeuteten der drei Kontinente, den Ausgegrenzten in unserer Gesellschaft, dem „Volk" in seiner Mehrheit?

Wann war es jeweils trotz aller Gesprächs- und Hinhörbereitschaft nötig, „den Tisch umzuschmeißen" — wie Eva Haule einmal schreibt — und zu gehen, statt „wie ein Häschen" daran sitzen zu bleiben? Wir werden im Leben Jesu an die Versuchungsgeschichte (Mt 4,1-11) erinnert oder an die Situation, wo Petrus von Jesus Satan genannt wird (Mt 16,23), als er ihn von seinem Weg nach Jerusalem — der Konfrontation auf Leben und Tod — abbringen will, oder wie Jesus die Tische der Geldwechsler im Tempel umkippt (Mt 21,12). Wann ist die Zeit des guten Zuredens abgelaufen? Wann sind wir verantwortlicher Teil der Unterdrückung geworden? Wann ist Handeln dran, wann das Wiederaufrichten der Tische zu neuem Suchen, Überzeugen und Entscheiden?

2. Wie ist *unser Verhältnis zum Staat*? Bei dieser Frage werden wir an die vielen unmenschlichen Sebstläufer sich abschottender Bürokratien und Entscheidungsgremien von Parteien wie auch der Wirtschaft erinnert, die die staatlichen Institutionen und die Gesetzgebung massiv bestimmen. Die Folge ist eine dem Volk gegenüberstehende Bedrohung, die Stabilisierung der Herrschaft von immer wenigeren. Das trifft auch auf Staaten zu, die sich demokratisch nennen. Wie reagieren wir darauf? Reicht es, wenn wir die grundgesetzlichen Rechte der Menschen einfordern und uns immer neu gegen die Machtanmaßung stellen? Sollten wir grundlegendere Reformen einklagen? Oder ist der Staat als Institution grundsätzlich abzulehnen; uns fällt die Kritik des Propheten ein, einen König im alten Israel einzuführen (vgl. 1 Samuel 8). Dagegen steht der Rat, sich der Obrigkeit zu unterstellen und sie als von Gott eingesetzt anzusehen (Röm. 13).

Es zerreißt uns fast, wenn wir sehen, daß die christlichen Krichen bei uns trotz der Fragen nach größerer Gerechtigkeit sich fast kritiklos staatstragend verhalten, wodurch sie den Glauben unserer Ansicht nach geradezu aus dem Mittelpunkt ihres Verhaltens verdrängen und nicht vorbehaltlos nach dem Grundsatz leben, daß wir nicht zwei Herren dienen können, sondern daß wir Gott (der Quelle des Lebens) mehr als den Menschen gehorchen müssen.

3. *Die Gewaltfrage:* Die grundlegende Glaubenserfahrung der Juden wie der Christen ist der vierzigjährige Lange Marsch der Befreiung aus der Sklaverei Ägyptens in das Verheißene Land. Dies war gewiß kein gewaltfreier Weg. Dennoch gibt es viele Christen — besonders diejenigen, die über die Friedensbewegung politisiert worden sind —, die sich zum persönlichen Weg der Gewaltfreiheit bekennen. Wir denken an Franz von Assisi und Martin Luther King.

In der Bibel und in der christlichen Tradition gibt es verschiedene theoretische wie praktische Antworten auf die Gewaltfrage. Es gibt die Lehre vom Tyrannenmord und vom Gerechten Krieg, in der neueren Theologie auch die Frage nach der gerechten Revolution. Es gab die waffentragende Jeanne d'Arc und Thomas Müntzer. Es gibt sie in den Armeen und in den bewaffneten Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und Südafrikas. Von den ChristInnen, die sich bewaffneten Kämpfen angeschlossen haben, wissen wir, daß eine politisch notwendige Entscheidung zum Töten des Feindes immer mit Schmerz und Erschrecken verbunden ist.

Kann es unter uns gelingen, weniger über den Austausch von Grundsatzpositionen als über ein wachsendes Verständnis unserer verschiedenen Lebenswege, Erfahrungen und Überzeugungen eine gemeinsame Basis zu finden, die Vertrauen schafft für gemeinsame politische Praxis? Wir alle erleben persönliche und strukturelle Gewalt — nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter. Wie gehen wir damit um?

4. Wir bemerken auch aufgrund der *Veränderungen in den osteuropäischen Ländern einen Verschleiß der Schlüsselworte wie Klassenbewußtsein oder Sozialismus. Gleichzeitig organisiert sich das Kapital neu; es kommt mehr und mehr zu einer Durchkapitalisierung in Europa und weltweit. Das stellt Fragen an die Organisation des Widerstandes und an die Erneuerung des sozialen Bewußtseins gegen das Profitstreben, den Kriegszustand in den unterdrückten Ländern und die Zerstörung der Natur.*

5. Täglich werden wir auf der Arbeit und beim Konsum in Trab gehalten. Die gesellschaftlichen Risse sind sozialpartnerschaftlich verdeckt oder werden einfach geleugnet: Jeder sei seines eigenen Glückes Schmied. In unserer Kultur der Fremdbestimmung und in der besonderen Geschichte hier in der BRD fällt es schwer, aus dieser Identifizierung mit gegnerischen Interessen wieder zurückzufinden, die damit verbundenen Sicherheiten aufzugeben und die Freude internationaler Solidarität zu entdecken. Wie können wir die Klassenkonflikte in unserer Gesellschaft neu bestimmen?

Wir haben bei mehreren Gefangenen bemerkt, wie wichtig Euch die Einheit von persönlicher Beziehung und politischer Diskussion/Aktion ist. Die persönliche und die öffentliche Ebene gehören zusammen. Ähnlich wichtig ist es uns, daß die Ebene des Glaubens und die Ebene der Betroffenheit von Ungerechtigkeit und der Einsatz für Gerechtigkeit nicht auseinanderfallen. Wir erfahren immer wieder, wie gefährlich die Trennung von beidem ist. In der Diskussion mit Dir und Euch allen hoffen wir, da wir Eure Ganzheit genauso ernstnehmen können wie Ihr die unsere.

Damit kommen wir auf den Punkt. Wir wissen genau, daß Du auf diesen Brief nicht angemessen antworten kannst, ohne mit den anderen Gefangenen zusammen zu leben und um Antworten zu ringen. Uns ist derzeit kein Grund einsichtig, Euch dieses Menschenrecht auf menschlichen Umgang, auf Gemeinsamkeit, auf ein Kollektiv zu verweigern. Deshalb fordern wir von den Regierenden die Zusammenlegung aller Gefangenen, die das wollen. Wir erbitten keine Gnade, wir fordern Rechte; unser Recht, mit Euch sprechen zu können, wenn Ihr und wir das wollen; Euer Recht, miteinander und mit uns sprechen zu können. Dafür werden wir uns mait dem uns möglichen Nachdruck einsetzen.

Kannst Du bitte den Eingang dieses Briefes bestätigen?
Es grüßt Dich . . .
(es folgen die Namen der Unterzeichner

Ankündigungen

Veranstaltungen, Demonstrationen

Hamburg. 16.3., 18.30 Uhr, Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, Veranstaltung mit Adolf Berger, slowakischer Kommunist und ehemaliger Gefangener in den KZ's Auschwitz, Birkenau und Sachsenhausen über sein Leben.

Straubing. 17.3., 11.30 Uhr, Knastkundgebung und Demonstration zur Freilassung von Bernd Rössner und zur Situation im Straubinger Knast, Treffpunkt: Marktplatz Straubing.

Der im letzten Info für den 15.3. angekündigte Prozeßtermin wegen einer unerlaubten Kundgebung in Straubing ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Kiel. 17.-23.3., Galerie d. Pumpe, Haßstr. 2, Ausstellung „Knast als Widerstand". Solidaritätskonzert am 17.3. um 21 Uhr in der Pumpe, Großraum, Eintritt 8 DM.

Frankfurt. 21.3. und 23.3., jeweils 9.30 Uhr, Raum D146, OLG Frankfurt, Termine im „Börsen-Prozeß" gegen Sven, Gabi, Stephan und Sigrid. Das Prozeßcafé in der Stoltzestr. 11 ist von 11-18 Uhr geöffnet.

Frankfurt. 23.3., 18 Uhr, Prozeßcafé, Stoltzestr. 11, Veranstaltung über den Knastneubau Weiterstadt.

Schwalmstadt. 24.3., 13 Uhr, Kundgebung zur Zusammenlegung am Knast Schwalmstadt, in dem Helmut Pohl und Rolf-Clemens Wagner inhaftiert sind.

Düsseldorf. 28.3., Prozeßveranstaltung in Vorbereitung zu den fünf Düsseldorfern Chris, Luiti, Rico, Andrea und Tommy. Bitte haltet Euch den Termin frei und kommt zahlreich. Genaue Informationen werden in der taz stehen.

Hamburg. 5.4., Prozeßtermin von Ute Hladki wg. der Demo zur San-José-Konferenz am 29.2.88 in Hamburg. Termin und Saal werden bekanntgegeben.

Adressenänderung: Verteilerpost für die Marburger Initiative für die Zusammenlegung bitte ab sofort an die *Bunte Hilfe Darmstadt, c/o KFZ, Schulstr. 6, 3550 Marburg* schicken.

Anzeigen

Die Gruppe 2, eine Münchner Archiv- und Mediengruppe, hat in ihrer Reihe **„TEXTE"** mit Veröffentlichungen von Dokumenten zur Zeitgeschichte die Nummer 3 herausgebracht. Alle bisher erschienenen drei Nummern befassen sich mit dem **Klassenkampf und den bewaffneten Widerstand in Italien**, die Nummer 1 hatte als Schwerpunkt Texte zur Amnestiediskussion, Nummer 2 Texte zu Zyklus, Klassenzusammensetzung, bewaffneter Kampf. Die Nummer 3 konzentriert sich jetzt auf Texte, die jedwede Befriedungsstrategie kategorisch ablehnen und stattdessen Perspektiven für die Wiedergewinnung der revolutionären Initiative zu entwickeln versuchen. — Einzelnummer DM 7,00 plus Porto 1,20 DM, ab zwei Exemplaren 5,00 DM plus Porto 1,20 DM, nur gegen **Vorkasse** bei Gruppe 2, Öttlmairstr. 8, 8000 München 83, Tel. 089/6805122 oder 6519359, Postgirokonto Schmitt, PGA München, Kto.Nr. 250370-800.

Vom **Prozeßinfo „Kein Frieden mit den Banken"** ist die Doppelnummer (1 und 2) erschienen. Inhalt: Erster Prozeßtag, drinnen und draußen, Hungerstreik der spanischen Gefangenen, Startbahnprozeß . . . Bestellungen gegen 2 DM pro Heft plus Porto in Briefmarken an: Prozeßbüro, c/o Zentrum, Hinter der schönen Aussicht 11a, 6000 Frankfurt/M.

Im GNN-Verlag erscheint im April die Broschüre **„Was wir niemals aufgeben werden, ist unsere Fähigkeit, Widerstand zu leisten" — Ein Interview mit sechs revolutionären Gefangenen aus den USA".** Preis: 2,50 DM.

Ein 1988 in Santiago de Chile erschienener Band mit Gedichten von fünf Frauen, die wegen Widerstands gegen die Pinochet-Diktatur inhaftiert sind, ist jetzt in deutscher Übersetzung erschienen: **„Poesia prisionera" — Texte gefangener Frauen aus Chile**; Verlag Libertäre Assoziation, 1989, 12 DM. Auszüge daraus sind in „Konkret" Nr. 3/90 veröffentlicht.

Im Juni 1990 soll ein **bundesweiter Kongreß über Situation und Perspektiven revolutionären Widerstandes** stattfinden. Die Vorbereitungsgruppe erarbeitet gegenwärtig einen Reader zu diesem Kongreß, der ab April zu beziehen ist. Informationen und Kontaktanschrift: Mainzer Plenum für die ZL, c/o Kontext, Leibnizstr. 24, 6500 Mainz. Bei dieser Anschrift ist auch das regelmäßig erscheinende Kongreß-Info sowie weiteres Material zu beziehen.

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: für den Verlag: Christiane Schneider; für die Herausgeber: Christiane Barabaß. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/211658. Einzelpreis: 0,80 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 26,-, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 10 Stück das Heft zu 0,50 DM und ab 50 Stück zu 0,40 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.